



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/155 - 7. Mai 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886880

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Der Wehrbeauftragte hat berichtet

88

Der richtige Mann an der richtigen Stelle

Von Hans Werten, MdB

3 - 4

Die große Lehre

110

Von Warren Hastings zu Mao Tse-tung

"Für Chinesen und Hunde verboten"

Von Erwin Erasmus Koch

5

Vor den Kreis- und Gemeinderatswahlen im Saarland

50

Von Friedrich Regitz, MdL

6

Technische Hilfe der UNO ist keine Wohltätigkeit

49

60 Millionen Dollar als "Initialzündung"

Von Bruno Kuster, GenZ

*

*

*

Der Wehrbeauftragte hat berichtet

Von Hans Mertens, MdB

Seit 1952 wurde auf Anregung der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten der Gedanke zur Diskussion gestellt, nach dem Muster des schwedischen Beauftragten für die Streitkräfte einen Wehrbeauftragten auch in der Bundesrepublik zur Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehr einzuführen. Dieser Gedanke wurde im Rahmen der Grundgesetzänderung vom 19. März 1956 verwirklicht und die nähere Ausführung im Juni 1957 durch Gesetz festgelegt. Es dauerte leider fast zwei Jahre, bis eine geeignete Persönlichkeit für das Amt des Wehrbeauftragten gefunden werden konnte. Am 3. April 1959 trat Helmut von Grömann seinen Dienst als Wehrbeauftragter an, nachdem er vorher im Lande Niedersachsen als Staatssekretär im Flüchtlingsministerium gedient hatte. Sowohl die Beobachtung seiner Tätigkeit als auch die Vorlage seines ersten Berichtes an den Bundestag bestätigt, daß offenbar der richtige Mann an der richtigen Stelle steht.

Der erste Bericht des Wehrbeauftragten gibt ein hervorragendes Bild von der inneren Struktur der Bundeswehr und der Einstellung von Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten zu ihrem Dienst und dem Staat, dem sie verpflichtet sind. Wie ein roter Faden zieht sich durch den ganzen Bericht, daß der Aufbau der Bundeswehr in einem zu schnellen Tempo erfolgt ist und daß aus diesem überhasteten Aufbau sich eine Menge Unzuträglichkeiten ergeben haben, die sowohl dem einzelnen Soldaten als auch das gesamte Gefüge der Bundeswehr beschweren. Dabei muß berücksichtigt werden, daß sich der Wehrbeauftragte nach den gesetzlichen Vorschriften lediglich um die Wahrung der Grundrechte der Soldaten und die Beachtung der Grundsätze der inneren Führung kümmern darf. Alle Fragen technischer und organisatorischer Natur gehören nicht zu seinem Wirkungsbereich und finden deshalb auch keinen Niederschlag in seinem Bericht. Aber auch hier hat die Übersteigerung des Tempos verhängnisvolle Folgen gehabt und Schaden angerichtet, die zu einer langen Kette von Schwierigkeiten auf allen Gebieten führen müssen.

Die schädlichen Folgen des schnellen Aufbaus werden noch verstärkt durch den organisatorischen Umbau der Bundeswehr mitten in der Aufstellungszeit und die Umgliederung in Brigaden neuer Art. Die dadurch notwendigen ständigen Versetzungen brachten eine ununterbrochene Unruhe in die Truppe, für die als drastische Beispiele angeführt werden, daß eine Batterie in drei Jahren zehn verschiedene Batteriechefs (!) hatte oder eine Kompanie in neun Monaten vier verschiedene Kompaniechefs begrüßen konnte. Das gleiche stellen wir bei einer Division fest, die bei einem Gesamtbestand von 260 Offizieren innerhalb eines Jahres 240 Ab- und Zugänge von Offizieren zu verzeichnen hatte. Obwohl im Verteidigungs-Ausschuß des Bundestages und von der Truppe wiederholt um eine wesentliche Einschränkung dieses Versetzungsunwesens gebeten wurde, scheint auf diesem Gebiet noch vieles im Argen zu liegen. Die Folgen davon sind, daß die Offiziere ihre Einheiten nicht genügend kennen, die Ausbildung sehr stark in Rückstand

gerät und die Schlagkraft der Truppe leidet, obwohl die Dienstfreudigkeit und die Arbeitskraft der einzelnen bis zur Erschöpfung ausgenutzt wird.

Die persönlichen Sorgen der Soldaten entspringen zum allergrößten Teil aus der Überforderung, die aus einem zu schnellen Aufbau entsteht. Es seien nur die ständigen Wohnungsorgen und Schulorgen für die Kinder erwähnt. Daneben stehen alle die Unzuträglichkeiten, die durch eine oft jahrelange Trennung von der Familie unausbleiblich sind.

Der Bericht zeichnet auch recht erfreuliche Bilder. Dies gilt insbesondere für die Einstellung der Soldaten zum Staat und zur Öffentlichkeit. Es ist ein ernstliches Bemühen festzustellen, sich in den demokratischen Staat reibungslos einzufügen und einen guten Kontakt zur Öffentlichkeit zu halten. Gewiß werden aufgrund der teilweise noch mangelhaften Vertrautheit mit den Formen der demokratischen Repräsentation hier und da auch einmal Fehler gemacht, aber die Einstellung ist positiv. Offenbar sind die Lehren aus der Vergangenheit gezogen worden und von daher der Versuch gemacht worden, alle Sünden der Vergangenheit zu vermeiden. Insbesondere die Offiziere versuchen, jeder an seinem Platz, zu verhindern, daß die Bundeswehr ein Staat im Staate und damit ein Fremdkörper im Volksganzen wird. Deshalb stehen sie offensichtlich auch allen Versuchen sehr skeptisch gegenüber, aus der Bundeswehr eine Weltanschauungsgemeinschaft mit einseitiger politischer Ausrichtung zu machen. Insbesondere versuchen sie, sich mit der modernen Gesellschaft und ihren Erscheinungsformen auseinanderzusetzen und Kontakte zu gewinnen zu Organisationen, wie den Gewerkschaften, den politischen Parteien und der Presse als Vertreterin der Öffentlichkeit.

Der Bericht birgt eine Fülle von Anregungen für die Verwaltung und die Gesetzgebung. Der Bundestag wird sich mit den Vorschlägen zur Wehrbeschwerdeordnung und zur Wehrdisziplinarordnung zu befassen haben. Aber auch mit den 24 Grundsatzfragen, bei denen Ungerechtigkeiten und unnötige Schwierigkeiten beseitigt werden müssen. Die Aufstellung reicht von der falschen Beratung durch die Annahmestelle über Fragen der Beförderung, der Wohnung, der Verpflegung, und der Schule bis zu Versicherungsangelegenheiten und der Dienstzeitversorgung.

Kur'Gann hat die Tätigkeit des Wehrbeauftragten einen Sinn, wenn Regierung und Parlament bereit sind, aus seinen Erkenntnissen die notwendigen Folgerungen für Praxis und Gesetzgebung zu ziehen. Der Anfang müßte mit einer Verlangsamung des weiteren Aufbaus gemacht werden, der ohne Zweifel sowohl der Dienstfreudigkeit des Einzelnen als auch dem soliden Aufbau des Ganzen zugute käme.

Die große Lehre

Von Warren Hastings zu Mao Tse-tung
"Für Chinesen und Hunde verboten"

Von Erwin Erasmus Koch

Tschu En-lai ist mit der Besiegelung von "Freundschafts- und Friedensverträgen" aus den Reichen am Himalaya und Südostasiens nach Peking zurückgekehrt. Er legte das Gewicht des Staates "Tschung-hua Jer-Min Kung Ho-kwo", so lautet der Name der Volksrepublik China, in die Waagschale, wenn sich ein Zaudern vor dem Paktieren mit der "großen Mutternation" ergab. Ganz Asien hatte die "berauschende Botschaft" Mao Tse-tungs nicht vergessen, daß die Freiheit "mit dem Kommunismus aus dem Lauf der Gewehre" kommt. Weit mehr als eine Killiarde Menschen erlebten die zunehmende Stärke des roten Reichs der Mitte (und erleben sie Tag für Tag weiter).

Fast auf den Tag genau sind nur 200 Jahre vergangen, seitdem ein kleiner Schreiber einer Handelsgesellschaft die Eroberung des Landes der fünf Ströme auf eigene Faust zum Nutzen seiner "Firma" in einer ersten Phase zum Abschluß gebracht hatte. Robert Clive, jener Clerk, bis dahin ein Ausbund von Untugenden, hatte Geschichte gemacht, und ihm folgte 1760 ein anderer aus dem obskuren Comptoire-Dasein, Warren Hastings, der es bar aller Skrupel, zum ersten Generalgouverneur der East India Company brachte. Es galt für ihn das Gebot der Direktoren im India House der Leadenhallstreet zu London: Niemals durfte der Strom hoher und höchster Dividenden abreißen! In diesem Sinne führte Hastings die "Durchdringung" von Bengalen und den Erwerb des Reichs des Sultans von Mysore durch; er gewann für seine Company den Süden, die Mitte und noch lockere Teile des Nordens von Indien. Was Hastings von den Fürstentümern der zerfallenden Herrschaft der Grobmonghule nicht in die Hand der Gesellschaft gebracht hatte, vollendeten seine Nachfolger. Sie wollten auch China unter das koloniale System zwingen, sie erweiterten den Umschlag von Opium und führten den Krieg, der den Namen des Rauschgiftes trägt, bis 1842 die "Vertragshäfen" im Gelben Meer nach dem Bombardement der Flotte Seiner Majestät geöffnet worden waren.

Gewonnen und wieder verloren

Das Abendland gewann in 200 Jahren das asiatische Imperium und verlor es wieder. Wie kam es dazu? Im Grunde führte eine gerade Linie von Lord Clive und Warren Hastings zu Sun Yat-sen, dem Exekutor des chinesischen Umsturzes, der 1912 die Mandschu-Dynastie beseitigte, die Kuomintang, eine "Volkspartei", begründete und sowjetische Instruktoren heranzog. Weiter führte diese Linie über leidvolle Jahrzehnte des Reichs der Mitte, über Hungernöte und Millionen Tote zum "langen Marsch" Mao Tse-tungs und Tschu En-lais, zu der Flucht vor der Vernichtung der kommunistischen Partei Chinas, über die Wirrsale des zweiten Weltkrieges und am 1. Oktober 1949 zur Proklamation der Volksrepublik. Aus den Parks der westlichen Konzession in Hongkong verschwanden die Schilder: "Für Chinesen und Hunde verboten"!

Die Völker Asiens nahmen sich die Unabhängigkeit, ob sie zur Selbstregierung nach westlicher Meinung reif waren oder nicht; Indonesien am 17. August 1945, die Philippinen am 4. Juli 1946, Indien und Pakistan am 15. August 1947, Birma am 4. Januar 1948, Ceylon genau einen Monat später und Indochina am 20. Juli 1954. Sie kannten und entschieden, verteilt auf über 44 Millionen Quadratkilometer Landfläche, nur die eine **Alternative: kolonial oder frei!**

Pekings "Missionare"

Vielfach zögernd, gewährte ihnen der Westen seine Wirtschaftshilfen und knüpfte an sie die Wahl des Vorbildes demokratischer Regierungsformen. Aber die parlamentarische Schablone vermochte bei weitem nicht die Stoßkraft des Kommunismus zu lähmen. In Indien, in Ostpakistan, in Burma, Thailand und Indochina, überall im Südosten setzte Peking den Hebel an. Es infiltrierte durch seine "Missionare" bewährte zugkräftige Doktrinen gegen die Imperialisten", es bildete Kader für ein kommunistisches Asien. Mao verwies auf seine beachtlichen Erfolge. Die chinesische "Demokratie" hatte 1950 bereits die das Reich seit zwölf Jahren aushöhlende Inflation beendet. Von der Agrarreform war zunächst nur der Besitz der Fudalherren erfaßt worden. Kein vernünftiger Mensch konnte dagegen Einwände erheben: Ebensowenig erschien die Sozialisierung des "bürokratischen Kapitals" ungerecht, des Besitzes der korrupten Kuomintang an Fabriken und Handelsunternehmen. Mao, der Präsident des Staates, ging äußerst behutsam vor, ehe er das Experiment großer Kommunen wagte. Gleichviel prägte er einen wiederum zugkräftigen Slogan: "Nichts kann sich erfolgreich gegen die Allmacht des revolutionären Asiens stemmen... Wir werden, wo es sein muß, die Welt mit dem Gewehr verändern!" Er zeigte allmählich einen stahlharten Kommunismus, dessen weitgestecktes Ziel das rotchinesische Imperium bildete. Der Staatenverband sollte und soll die 400 Millionen-Bevölkerung Indiens einschließen, den gesamten Subkontinent der Massenarmut.

Hätten die Regierungsformen des Westens vielleicht das Elend der Obdachlosen, die erbärmlichen Daseinsbedingungen, das "Erbe der Imperialisten", beseitigen können? Es wäre töricht, wollte man bestreiten, daß mehr und mehr Abordnungen aus Indien und Pakistan, aus Nepal, Burma und den anderen Südost-Staaten nach Peking reisten: Studenten, Intellektuelle, Politiker und Berufstätige aller Schichten. Jeder sah den "asiatischen Sozialismus" wachsen.

Was kann die westliche Demokratie bieten?

Würde also der Westen über kurz oder lang einem feindlichen, herausfordernden Asien gegenüberstehen? Welche geistige Kraft vermochte er der kommunistischen Weltanschauung Mao Tse-tungs entgegenzusetzen? Was konnte die westliche Demokratie an inneren Werten bieten? Sie müßte nicht nur verkündet, sondern bewiesen werden. Die Antwort auf diese entscheidenden Fragen ist eindeutig. Aber sie würde der schnellen Realisierung bedürfen, um die Expansion des asiatischen und überhaupt des Kommunismus in der "farbigen" Welt zu lähmen.

Sie müßte die Freiheit von Not bewirken, die "Entproletarisierung" zustandbringen, die Beendigung des Elends der Bauern auf dem Subkontinent sie müßte zumindest einen bescheidenen Wohlstand der einzelnen einleiten. Warum sollte es sich sonst lohnen, eine Freiheit innerlich zu verteidigen, die auch im Zeitalter überragender technischer Leistungen nur ein Vegetieren gewährleistet? Darauf würde es ankommen, auf die wirkliche Freiheit von Not, nicht auf geschraubte Phrasen. Niemand redet deshalb verächtlich von materialistischer Auffassung. Die Asiaten brauchen Hilfe, tatkräftige Unterstützung. Rotchina scheut diese Ausgaben weder in Nepal, noch in Burma, noch in Thailand, noch in Kambodscha und Indochina überhaupt. Der Westen müßte bereit sein, seinen Wohlstand mit Asien zu teilen, und es würde sich, von einer "Wiedergutmachung" abgesehen, auch materiell lohnen. Mit der Lieferung hypermoderner Stahlwerke allein ist es allerdings nicht getan. Dazu gehören Wohnungen für die Massen der Arbeiter, um die Bildung des industriellen Proletariats zu vermeiden, dazu gehört die Nutzung der reichen Rohstoffe für Asien selbst, der gewaltigen Wasserkräfte, die Ausstattung der Bauern mit modernem Ackergerät, die Verwertung der Ernten für Asien. Das wäre ein westlicher demokratischer Sozialismus, der dem einzelnen die Möglichkeiten der freien Entfaltung bietet.

Der Westen steht vor einer ungeheuren Aufgabe. Er muß sie lösen, wenn er die letzte Lehre aus den vergangenen 200 Jahren ziehen will, in denen er Asien gewonnen hatte und verlor, die letzte Lehre aus einer Entwicklung, die von Warren Hastings zu Sun Yat-sen und Mao Tse-tung führte. + + + -5-

Vor den Kreis- und Gemeinderatswahlen im Saarland

Von Friedrich Egitz, MGL

Sieben Parteien bewerben sich bei den am 15. Mai im Saarland stattfindenden Kreis- und Gemeinderatswahlen um die Gunst der Wähler. Zu den im saarländischen Landtag vertretenen Parteien CDU, SPD, DPS-FDP sind die saarländische Volkspartei, der Bund der Deutschen, die Deutsche Demokratische Union und die Deutsche Reichspartei hinzugekommen. In den über dreihundert Städten und Gemeinden des Landes hat die CDU etwa 290 Gemeinderatslisten aufgestellt. Ihr folgt in kurzem Abstand die SPD mit etwa 270 Listen, während alle anderen Parteien in einer weit geringeren Anzahl von Städten und Gemeinden vertreten sind. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß Dr. Heinrich Schneiders, DPS-FDP in einigen Landkreisen offensichtlich kein organisatorisches Fundament mehr hat. Dort ist es ihr in Gegensatz zu den Wahlen des Jahres 1956 nicht mehr gelungen, Bewerber für ihre Listen zu finden.

Die vor einiger Zeit gegründete Saarländische Volkspartei hat eine verhältnismäßig große Zahl von Listen zustandegebracht und dürfte in den Orten, in denen frühere CVP-Funktionäre der CDU nicht beigetreten sind, gewisse Erfolgsaussichten haben. So ist jetzt beispielsweise ein Landtagsabgeordneter, der bisher bei der CDU hospitierte, als Spitzenkandidat der Saarländischen Volkspartei aufgetreten. Durch den daraus folgenden Ausschluß aus der CDU-Landtagsfraktion hat sich deren Stärke auf 23 von 50 vermindert.

Alle anderen kleineren Gruppierungen dürften keine Aussicht haben, die im Wahlgesetz enthaltene Fünf-Prozent-Klausel zu überspringen. Der Bund der Deutschen und in noch stärkerem Maße die Deutsche Demokratische Union sind Auffanggruppen für frühere Kommunisten, die auf diesem Wege versuchen, wieder in die Gemeinderäte einzuziehen, nachdem es keine freien Listen und keine Möglichkeit der Einzelbewerbung gibt. Die DRP, die bei den letzten Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz gewisse Erfolge hatte, tritt nur in ganz wenigen Orten auf und dürfte an der Saar kaum den geeigneten Boden für ihre Agitation finden.

Die Entscheidung wird, wie in allen Wahlkämpfen der letzten Zeit in der Bundesrepublik, in den meisten Orten zwischen der CDU und den Sozialdemokraten fallen. Dabei laufen alle Prognosen darauf hinaus, daß die CDU wegen ihrer internen Schwierigkeiten und wegen der Konkurrenz der SPV weit unter der absoluten Mehrheit bleibt, während die Sozialdemokraten erheblich an Boden gewinnen dürften. Das gilt auch für die Landeshauptstadt Saarbrücken, in der bisher Dr. Heinrich Schneiders und seine Partei eine dominierende Rolle spielten.

Es ist noch unstritten, ob das Wahlgesetz, nach dem die Wahlen durchgeführt werden, den Bestimmungen des Grundgesetzes entspricht. Nachdem das saarländische Verfassungsgericht eine Klage wegen Verfassungswidrigkeit des Verbots der freien Listen zurückgewiesen hatte, ist nun eine Feststellungsklage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anhängig. Es ist kaum anzunehmen, daß das Bundesverfassungsgericht durch eine einstweilige Anordnung den Wahltermin aussetzt, so daß das Datum des 15. Mai bestehen bleiben dürfte. Es ist aber denkbar, daß zu einem späteren Zeitpunkt einige Bestimmungen des Wahlgesetzes für grundgesetzwidrig und damit die Wahlen für nichtig erklärt werden. In einem solchen Falle müßte man sie entweder zusammen mit den Anfang nächsten Jahres stattfindenden Landtagswahlen oder gemeinsam mit den Bundestagswahlen des Jahres 1961 wiederholen.

Technische Hilfe der UNO ist keine Wohltätigkeit

Von Bruno Kuster, Genf

Dieses Jahr stehen den Vereinten Nationen rund 60 Millionen Dollar für die technische Hilfe an Entwicklungsländer zur Verfügung. Dieser Betrag verteilt sich fast gleichmäßig auf die beiden Organe auf diesem Tätigkeitsgebiet: das Erweiterte Programm der technischen Hilfe und den Spezialfonds. Die Mittel stammen aus freiwilligen Regierungsbeiträgen, die jeweils im Herbst für das nachfolgende Jahr im Rahmen einer feierlichen Sitzung angekündigt werden. Es besteht also ein starker moralischer Druck der Öffentlichkeit. Je lebhafter sich der "Mann der Strasse" für diese Dinge interessiert, desto eher fühlen sich die Staaten veranlasst, im Rahmen ihrer Möglichkeiten beizusteuern. Die Buchhaltung der technischen Hilfe hat es mit etwa 60 verschiedenen Währungen zu tun...

Der hervorstechendste Zug der technischen Hilfe der UNO besteht darin, daß sie nichts mit Wohltätigkeit zu tun hat. Die Grundlage dieses Programmes, das die Völker nicht in ihrem Ehrgefühl verletzen, sie aber auch nicht zu einer Art Bettlei erziehen will, bestand von allen Anfang an darin, von den Staaten, die um technischen Beistand ersuchen, Gegenleistungen zu verlangen, die mit diesem Beistand zusammenhängen. Gewöhnlich verpflichten sich die Regierungen, die Transportkosten, die sich aus der Tätigkeit von Experten ergeben, auf ihrem Gebiet zu übernehmen. Sie sind ferner gehalten, allfällig benötigtes Hilfs- und Büropersonal zu stellen und die verschiedenen Spesen, zum Beispiel für ärztliche Pflege, zu tragen.

Die Regierungen sind grundsätzlich verpflichtet, jenen Teil des Gehalts der Experten, der in lokaler Währung entrichtet wird, zu bezahlen. Der Betrag entspricht ungefähr den Auslagen für Unterkunft und Verpflegung.

Die von den Regierungen freiwillig der technischen Hilfe zur Verfügung gestellten Summen decken nicht die gesamten Ausgaben im Rahmen dieses Programmes. Seine Verwaltung setzt deshalb die Höhe der Beiträge fest, die jedes nutznießende Land anfangs jeden Jahres in lokaler Währung aufbringen muss. So mußte zum Beispiel Indien für den Unterhalt der 146 Experten, die 1958 dort tätig waren, etwa 150 000 Dollar bezahlen, die zusätzlich zum indischen Beitrag an das Programm der technischen Hilfe überwiesen würden. Daraus geht hervor, daß die tatsächlichen Aufwendungen für die technische Hilfe in Wirklichkeit höher sind, als das in den Rechenschaftsberichten zum Ausdruck kommt. Während die freiwilligen Zuwendungen an das Erweiterte Programm der technischen Hilfe letztes Jahr zum Beispiel 29 Millionen Dollar erreichten, stellten sich die Pflichtbeiträge der nutznießenden Länder auf annähernd zwei Millionen Dollar in lokaler Währungen.

Diese Bestimmungen verhindern, daß leichtfertig um internationaler Beistand ersucht wird. Andererseits zeigen die Zahlen, wie stark das Bedürfnis der Entwicklungsländer nach dieser Form von Hilfe ist, bringt sie doch erhebliche Belastungen mit sich. Man schätzt, daß die Investitionen, die auf Grund der Ratschläge der Experten dann von den nutznießenden Regierungen vorgenommen werden, Jahr für Jahr die Summen, die im Rahmen des Erweiterten Programmes ausgegeben werden, um das Dreifache übersteigen. Somit erfüllt es seine wichtigste Funktion: als Initialzündung zu wirken.